

Danziger Zeitung.

Nr. 6714.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Vestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mose; in Leipzig: C. G. F. H. Engler; in Hamburg: Hofstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1871.

Teleg. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelkommen den 6. Juni, 7 Uhr Abends.

Versailles, 6. Juni. Das „Journal officiel“ veröffentlicht folgende Ernennungen: Lambricht, Minister des Innern; Lefranc, Ackerbau- und Eisenminister; Lebel, Kriegsminister; Lebel, Gesandter in Petersburg; Leon Sah, Seinepräfekt.

Angelkommen den 6. Juni, 6 Uhr Abends.

Berlin, 6. Juni. Reichstag. Fortberatung des Invalidengesetzes. Der erste Theil wurde mit einigen Amendements angenommen. Die Beratung des zweiten Theiles ist noch nicht beendet.

Angelkommen 6. Juni, 8 Uhr Abends.

Berlin, 6. Juni. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Kaiserlichen Erlass betreffend die Verleihung der Kriegsdentmünze für Combattanten und Nichtcombattanten.

In einer Bekanntmachung des Reichskanzlers-Amts wird angezeigt, daß alle vertragsgemäßigen Bestimmungen bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wie vor dem Kriege wieder in Kraft treten. Demgemäß ist deutscherseits der Zolltar von 23 Thaler pro Centner französischer Weine wieder in Wirksamkeit.

Deutschland.

* Berlin, 5. Juni. Der Bunsen'sche Antrag wegen Errichtung von Darleinstaffeln für heimkehrende Landwehrmänner und Reserveisten ist von den betreffenden Ausschüssen des Bundesrats berathen, und es ist hierbei, wie bei den Beratungen im Reichstage, die Bedürfnisfrage an sich keineswegs verneint, sondern der Antrag ist nur aus dem Gesichtspunkte der Unmöglichkeit bekämpft worden, die ihm zu Grunde liegende wohlwollende Absicht von Reichswegen zu verwirklichen. Was die Stellung des Bundesrats und Reichskanzlers an dem Antrage Bunsen betrifft, so wird, wie die Cor. St. erfährt, der Bundesrat die eigentliche Initiative zur Abhilfe des in der gedachten Beziehung obwaltenden Notstandes den einzelnen Bundesregierungen überlassen und sich seinerseits auf eine allgemeine Anregung und auf die Andeutung des zweitmöglichen Weges, um zu dieser Abhilfe zu gelangen, beschränken. Dieser Weg ist nach der Ansicht des Reichskanzlers darin zu finden, daß die einzelnen Bundesregierungen à conto des ihnen demnächst zu überweisenden Anteils an der französischen Kriegsentschädigung den Communalverbänden (Kreisen, Städten, Ortsbezirken oder Vereinen), welchen die Unterstüzung der Landwehr- und Reserveisten-Familien obliegt, die Mittel überweisen, um den durch die Einziehung zur Fahne in ihren Erwerbs- und Vermögensverhältnissen besonders schwer gefährdeten Reserve-Offizieren und Mannschaften die Wiederaufnahme ihres gewerblichen und bürgerlichen Berufes nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Debatte im Reichstage haben übrigens schon den Erfolg gehabt, daß in einzelnen Kreisen die Angelegenheit besprochen und praktisch angefaßt wird. So hat der in den letzten Tagen der vergangenen Woche unter dem Vorsitz des Freiherrn Nordeck zu Rabenau versammelt gewesene Bezirksrat in Siegen beschlossen, aus Kreismitteln an Landwehrmänner und Reserveisten Darlehe zu geben in allen Fällen, wo die Gemeinden nach Prüfung des concreten Falles die Gewährung eines solchen Darlebens für wünschenswert erachten. Der Bezirksrat hat eine Commission niedergelegt, welche die Auszahlung dieser Darlehen beschließen event. bewirken soll. — Bekanntlich hat der Reichstag mit so großer Majorität den Beschluss gefasst, die Cautionspflicht für Beuteien und Beitschriften häufig in Wegfall zu bringen, daß schon in dieser seltenen Einmütigkeit für die kaiserliche Regierung und den Bundesrat die Aufforderung lag, sich möglichst schnell darüber schlüssig zu machen, ob und wann dem Erfordern des Reichstages Folge gegeben werden soll. Bis jetzt aber hat sich der Bundesrat mit diesem Gegenstand noch gar nicht befaßt, nur vertrauliche Besprechungen haben stattgefunden, und was man aus diesen vernimmt, steht nicht darnach aus, als ob die Presse auch nur teilweise von ihren Fesseln befreit werden würde. — Der Fremdenzugang zu den bevorstehenden Festlichkeiten scheint ein außerordentlich großer werden zu wollen. Die Hotels und Gasthöfe zweiten Ranges sind bereits sämmtlich belegt. Aus Ungarn sind beispielweise 800 Deutsche angemeldet, die sich mit einer Bogen- und Musikkapelle von 50 Mann an den Bogen begeistern wollen. Neben den offiziellen Vorbereitungen wird auch in Privatkreisen das Mögliche geleistet, um die heimkehrende Garnison festlich zu bewillkommen; überall sind Hausschichten im Gange, von deren Ertrag eine besondere Feierlichkeit bei dem Eintraden in die Kasernen und eine spätere Bewirthung der Truppen bestritten werden soll.

Auf Beschluss des Staatsministeriums sollen für den bevorstehenden Militärtransport von den eingleisigen Eisenbahnen nicht mehr als 5, von den zweigleisigen nicht mehr als 7 Böge per Tag gefordert werden dürfen, damit die wichtigsten Personen- und Waarenzüge keine Unterbrechung erfahren.

Das deutsche Central-Comité für die Pflege im Felde verwundeter oder erkrankter Krieger hatte bis zum 1. d. Mr. eine Einnahme von 4,247,000 R., wovon zu Invalidenzwecken von den Gebären 256,000 R. bestimmt waren. Der Kassenbestand betrug 345,000 R., doch sind davon noch bedeutende Ausgabenposten zu befreiten. Die Kaiserin von Russland beschentete bei ihrer jüngsten Anwesenheit hier selbst das Centralcomité mit 1000 R.

Billet hat das Obertribunal auf Anlaß eines Falles, in welchem Jemand das Vermögen der Ostbahn dadurch beschädigt hatte, daß er durch Vorbringen falscher Thatsachen bei einem Schaffner einen Irrthum in Beziehung auf die Lösung eines Fahrbillets erregte, erkannt, daß die in Betrieb der Eisenbahnfahrt ohne Billet bestehenden Vorschriften des Staats-Eisenbahn-Reglements die Verhängung der Strafe des Betrugs gegen denjenigen, welcher vorlässiger oder fahrlässiger Weise die Eisenbahn als Passagier benutzt, ohne im Besitz eines Fahrbillets zu sein, nicht ausschließen, wenn die Voraussetzung eines solchen vorliegen. Die Benutzung der Eisenbahn ohne Billet kann hiernach also unter Umständen als Betrug angegeben werden.

Stettin, 5. Juni. Die „Starz. B.“ schreibt: Sicherem Vernehmen nach ist einem Consortium, dem u. A. der Geh. Legationsrat v. Neudorf angehört, die Erlaubnis zu den Vorarbeiten zum Bau einer Bahn Berlin, Freienwalde a. O., Soldin, Pyritz nach Starogard zum Anschluß an die Starogard-Pozener Bahn, ertheilt. Nunächst soll die Strecke Berlin-Freienwalde a. O. hergestellt werden. Von der Fertigstellung dieser Strecke hängt sodann die Concessionserteilung für den übrigen Theil der projectirten Bahn ab.

München, 2. Juni. Nach zuverlässigen Nachrichten, die hier eingetroffen sind, ist die anti-inzialistische Bewegung im Begriffe sich auch in Baden (Heidelberg, Tauberbischofsheim u. a.) auszubreiten und festen Fuß zu fassen. Ebenso verhält es sich in Ungarn: so ist vor einigen Tagen Hen. v. Döllinger durch eine besondere Deputation aus Preßburg eine mit Tausenden von Unterschriften bedeckte Zustimmungsadresse überreicht worden, und unter diesen Unterzeichnern befinden sich eine Anzahl Magnaten und andere sehr hochgestellte Personen.

Österreich.

Wien, 3. Juni. Dem Beispiele anderer Kirchenfürsten folgend, hat Erzbischof Rauscher am Pfingstmontag einen Hirtenbrief an die Geistlichkeit seiner Diözese erlassen, in welchem zur Feier des 25-jährigen Papst-Jubiläums aufgefordert wird. Der größte Theil des Hirtenbriefes bildet eine historische Excursion über die Weltlage während der 25-jährigen Regierungzeit Pius IX. Dann kommen einige recht herzhafte Verwünschungen der confessionslosen Schule, der freien Presse und der Liberalen, welchen unter Anderem die mittelbare Urache in den Pariser Gräueln zugeschrieben, und welchen auch das Enttreffen ähnlicher Gräuel in Österreich in bestimmte Aussicht gestellt wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 30. Mai. Das Amtsblatt teilt den Bericht des dänischen Consuls in Lübeck im Auszuge mit, in welchem die Aufmerksamkeit der Regierung auf den Umstand gelenkt wird, daß die Auswanderung skandinavischer Arbeiter nach Deutschland in beständiger zunahme begriffen sei; das größte Contingent stelle Schweden, doch sei auch die Zahl der Dänen nicht unerheblich, und zwar will Lübeck den Centralpunkt dieser Auswanderung. Nun könne es ja allerdings nicht gelungen werden, daß sich in Deutschland diese Arbeitsträgen ein weiter Markt biete, doch sei es lebhaft zu beklagen, daß die betreffenden Leute gänzlich der Willkür der sogenannten Dienstboten-Agenten unterworfen seien.

Frankreich.

Pasquier und dessen legitimistischen und feudalistischen Genossen haben Eile, zumal seit die Fusion des älteren und jüngeren Zweiges der Bourbonen eine vollbrachte Thatsache geworden. Sie lärmten und tobten in den Sitzungen der National-Versammlung, aber bis jetzt — schreibt man der „R. B.“ — hat ihr Ungeheuer nur die entgegengesetzte Wirkung gehabt; das Land merkt die Absicht und ist verstimmt. Die Rechte verlieren mit jedem Sturm an Boden in der öffentlichen Meinung, denn das Gefühl der Gleichheit herrscht in Frankreich weit souverainer als die Idee der Freiheit; nun vertritt aber die legitimistische Partei den Adel und den höheren Clerus, muß aber jenen und hinterher erst diesen. Schon diese Thatsache reicht hin, um der Sache der „Fusionisten“ nicht bloß die Herzen der Landbevölkerung zu entzünden, sondern auch die Handelsklassen und die intelligente Bourgeoisie gegen sie einzubringen, und in der Armee weiß man ebenfalls aus früheren Erfahrungen, daß unter der weißen Fahne nur der Adel und die Glückslinge des Hofs in die höheren Stellen eindringen werden. Die Fusion ist eine Kraft und eine Schwäche, eine Kraft, weil sie die beiden alten monarchischen Fraktionen, die Orléanisten und die Legitimisten, zu einer einzigen Partei verschmilzt, eine Schwäche, weil ein großer Theil der Orléanisten, besonders die großen Industriellen und Capacitäten, sich jetzt viel leichter den gemäßigten Republikanern anschließen. Man darf sich im Auslande keine übertriebenen Vorstellungen von dem Einfluß der Anhänger des Königtums von Gottes Gnaden machen: der echte französische Legitimist ist im Durchschnitt großer Grundbesitzer, hat aber auf die Landbevölkerungen trotz allem wenig politischen Einfluss, weil diese ihn mit Misstrauen behandeln, während ein großer Industrieller von Paris, ein vollwichtiger Spinner von Rouen, ein reicher Raffiner von Ville u. s. w., wenn er will, eine Schaar von Anhängern der Republik und dem Hrn. Thiers zusühnen kann. Die mit jedem Tage heftiger werdende Sprache der legitimistischen Blätter ist auch eher ein Beweis von Born und Wuth, als ein Beweis von Stärke, und wenn die „Gazette de France“ unlängst meinte, die republikanische Partei sei die Minorität in Frankreich, man müsse daher dem Lande seinen König zurückgeben und im Notfalle zur Gewalt schreiten, um diese Minorität zu zwingen, so glaubt sie schwerlich selber an

die Nichtigkeit ihrer Rechnung. Die Berufung an die Gewalt ist die Berufung an einen Staatsstreich, und die Legitimisten, welche über den socialistischen Staatsstreich des 18. März tobten, scheinen Lust zu haben, denselben Streich zu wagen. Doch vorläufig sind die Drohungen der „Gazette de France“ und ähnlicher Blätter aber nur Drohungen und sie haben das Gute, daß sie das Land über die Plane der Majorität vollends aufklären.

Die Erschaffung der Besiegten, schreibt die „Indépend. Belge“, und die Erschaffung, die sich Aller bemächtigt hat, schlägt zwar für den Augenblick die Stadt vor dem Bürgerkriege; aber man hat das Vorgefühl, daß er über kurz oder lang wieder zum Ausbrüche kommen werde.

Die Hoffigkeit der Leibeshaften hat in den Köpfen tiefen Hass und einen Nachdruck zurückgelassen, wie nach keiner der früheren zahlreichen Revolutionen, die Paris durchgemacht hat. Während die Besiegten in dümper Erbitterung Rache brüten, erhebt sich unter den Siegern der wilde Schrei der Nieverschmetterung bis aufs Neuerste. Aber die Schlimmsten sind nicht die Soldaten, obwohl sie noch glühend von durchgemachten Kampfen sind, sondern jene Parteimänner, welche, ohne eine persönliche Gefahr durchgemacht zu haben, im dynastischen und kirchlichen Interesse die Leibeshaften aufstacheln, zu Mezeilen ermuntern und Deportationen verlangen. Die „Indép.“ spricht in diesen Worten nur aus, was man in vielen Pariser Correspondenzen und in den französischen anständigeren Blättern jetzt täglich liest.

Nach glaubwürdigen Privatanträgen befiehlt sich die Zahl der von der Versailler Armee summarisch und ohne besonderes Verfahren erschossenen Kommunisten auf rund 15,000 Menschen; in einem Sonnabend Abend in Berlin eingetroffenen offiziellen Telegramme des Generals v. Fabrice nach zu urtheilen, dürfte die Zahl eher zu niedrig geziichtet als übertrieben sein.

Außer den Brandstätten und Spuren des Kampfes fällt, wenn man jetzt Paris betrifft, nichts so sehr auf, als die Unmasse von Bettlern und Notleidenden, Knaben und Mädchen, welche mit zerbrechenden Klagentafeln und Gebeten um Almosen stehen. Die Not ist in Paris groß, aber viele jener bettelnden Kinder sind schlimmer als alle anderen daran, weil ihre Väter und oft auch ihre Mütter im Kampfe gefallen oder als Gefangene abgeführt sind.

Nach dem „Constitutionnel“ sind alle Kunstsäle, alle Bücher, das ganze Mobiliar, welche das Haus des Hrn. Thiers schmücken, in diesem Augenblick im Gardemeuble der Krone, an der Ecke des Marsfeldes und des Quais d'Orsay, gut aufgehoben.

Nach Nachrichten aus Aubervilliers ichtete eine Anzahl von Aufständischen durch dort aufgestellte Mannschaften der preußischen Garde durchzubrechen; es wurde auf sie gefeuert, worauf sie sich zurückwandten und unter das Feuer der anrückenden Berthier gierigten. Eine Granate explodierte in der Nähe der preußischen Truppen und es wurde ein Offizier leicht verwundet.

Polen. Warschau, 30. Mai. Wie es scheint, schreibt man der „R. B.“, hat der mehrwöchentliche lezte Aufenthalt des Grafen Statthalters in St. Petersburg das Werk der neuen Eisenbahnbaute in dem Königreich glücklich gefördert, nachdem dieselben ein paar Jahre hindurch vollständig stillstanden. Täglich hören wir jetzt von neuen Bahnenprojekten und hierzu vorgenommenen Explorations-Arbeiten; dieselben sind namentlich auf der Linie Lublin-Lukow (der letzte Ort ist eine Station der Terespoler Eisenbahn) bereits ihrem Ende nahe, obgleich wegen der Richtung der neuen Linie zwischen der Regierung und den Bauunternehmern noch eine Differenz obwaltet soll, indem die erste gewillt ist, die Bahn über die Lazarethstraße ruhig abzuwarten. Die Conjecturen für Häuser würden sich wohl in den nächsten Jahren nicht verschletern; ein Verkauf würde freie Chancen bieten, jetzt sei ein solcher nicht annehmlich, da gegen eine längere Verpachtung voraussichtlich binnen wenigen Jahren den Platz gebraucht werde zur Errichtung eines neuen Krankenhauses, wie es beim Kauf desselben beabsichtigt gewesen. Man möge längstens auf 2 Jahre verpachtet, um freie Disposition zu erhalten. Es beantragt, die Vorlage abzulehnen. Hr. Bertam will längstens auf 3—5 Jahre verpachten. Hr. F. W. Krüger will die Klausel beigefügt, daß die Pacht mit 6 Monate Frist gekündigt werden könne. Hr. Dr. Linz heißt mit, daß Hr. Preuß bereits auf Fragen erklärt habe, auf eine Kündigung vor Ablauf der 10 Jahre nur gegen ein Abstandsgehalt von 8000 R. eingehen zu können, da er sofortige Anlagen machen müsse. Magistrat ist auch der Ansicht, daß innerhalb der nächsten 10 Jahre kein Bedürfnis sich zeigen werde, auf dem Grundstück ein neues Krankenhaus zu bauen. Die Verhältnisse hätten sich seit dem Ankauf des Hauses sehr wesentlich geändert. Aus dem Arbeitshaus sei nach und nach eine vollständige Krankenstation geworden, in welcher gegenwärtig 250 Kranken Plätze fänden; man könne daher die Entwicklung der Lazarethstraße ruhig abwarten. Die Conjecturen für Häuser würden sich wohl in den nächsten Jahren nicht verschletern; ein Verkauf würde freie Chancen bieten, jetzt sei ein solcher nicht annehmlich, da gegen eine längere Verpachtung vortheilhaft für die Stadt. Hr. Dr. Piwko wünscht das Grundstück für Schulbauten reservirt zu halten, da in den nächsten Jahren das Bedürfnis nach Vermehrung der Schulgebäude sich immer dringender herausstellen werde. Hr. Dr. Linz bemerkt, daß auf der rechten Seite der Sandgrube noch ein Grundstück disponibel sei, das in Frage stehende sei zu groß für eine Schule. Hr. Dr. Liovin hält es für unzweckmäßig, daß innerhalb 10—15 Jahren ein neues Krankenhaus gebaut werden müsse; das aus dem Arbeitshaus geschaffene seitschon durch seine Lage dazu verdammt, in nicht zu ferner Zeit wieder eingehen zu müssen; für jetzt sei aber zu empfehlen, das Grundstück zu verpachten und der Stadt eine gute Einnahme zu verschaffen. Hr. Schottler ist für Ablehnung der Vorlage; das für das Grundstück angelegte Capital trage kaum 2½% Zinsen; man solle erwägen, ob es nicht besser wäre, die diversen Wohnungen besonders zu vermieten, selbst wenn man vielleicht am Anfang noch 1% Verlust erleben müßte, dafür behalte man aber freie Disposition für alle Fälle. Bei der Abstimmung wird die Magistrats-Vorlage abgelehnt.

Italien. Florenz, 1. Juni. Das Drängen nach Belebung der Hauptstadt-Verlegung tritt hier immer mehr hervor. Doch will die Regierung einige Gesetzentwürfe (wie den über die Heeresorganisation und die öffentliche Sicherheit) in Florenz selbst vorerst noch erledigt wissen. — Die Vorbereitungen für das Jubiläum der Thronbesteigung des Papstes sind in Rom in vollem Gange. Aber auch militärische Vorkehrungen von Seiten der Regierung sind getroffen. — Während Frankreich Katastrophe über Katastrophe, eine furchterlicher als die andere, durchmacht, befindet sich Hr. Emil Ollivier noch immer auf der bei Turin gelegenen Villa eines ihm freundeten italienischen Abgeordneten, und schreibt an einem Bucche, welches beweisen wird, daß er immer und in allem Recht gehabt hat.

Asien. Die Nachrichten von der Hungernot in Persien sind entsegerrend. Wie man dem Levant-Herald aus Tabriz vom 30. April schreibt, hat die Dürre des vorigen Jahres am schlimmsten die südlischen und mittleren Provinzen heimgesucht. Selbst in den Straßen der Hauptstadt sterben die Armen zu Hunderten; aber in Khorasan ist es so weit gelommen, daß die Eltern ihre Kinder den Turkmanen in die Sklaverei verkaufen, um sie nur

vor dem Tode zu retten, und in Ispahan soll man Leute angetroffen haben, wie sie Leichen ausgraben, um sie als Nahrung ihren verschwundenen Familien zu bringen. In Schiras, Yest und Arman suchen sich die Bewohner lämmertisch von Gross und Wurzeln zu ernähren, die sie noch etwa auf den Feldern finden. Die unheilvolle Nachzügler, die Pest, folgt der Hungernoth rasch auf dem Fuße; und wenn beide ausgewöhlt haben, wird die Bevölkerung des Königreichs sichtbar zusammenzuschrumpfen.

Danzig, den 7. Juni.

* [Stadtverordneten-Versammlung am 6. Juni.] Vorsitzender Hr. Commerzienrat Bischoff, Vertreter des Magistrats die Herren Bürgermeister Dr. Linz, Stadträthe Geh. Regierungs-Rath H. Bone, Ladewig und Riedert. Vor der Lagesordnung wird der Herr Vorsitzende den Antraten des vor Kurzem in Berlin verstorbenen Hrn. Stattmiller, der 12 Jahre lang der Versammlung angehört hat, einige ehrende Worte der Anerkennung und die Versammlung gibt ihre Zustimmung durch Erheben von den Blätzen zu erkennen. — Die Revision des Leibamts hat ergeben, daß am 15. Mai für 54,800 R. Pfänder brechen waren, gegen 56,200 R. im Monat vorher.

Der Vorstand des Gewerbevereins hat an die Versammlung das Gesuch gerichtet, beim Magistrat zu bestimmen, dem Verein den Communalaufschlag zur Gebäudesteuer im Betrage von 16 R. 15 Gr. wie in früheren Jahren, so auch für dieses Jahr zu erlassen. Magistrat hat bereits abschlägigen Bescheid ertheilt, da nach seiner Ansicht für Grundstücke, deren Eigentümer aus denfelbigen Intraden beziehen, keine Steuernachlässe bewilligt werden können. Die Versammlung schließt sich dieser Ansicht an und legt das Gesuch ad acta. — Zur Feier des diesjährigen Johannistages werden 300 R. Wendt, Preßel und Hybbeneth gewählt. — Für Vertretung eines Lehrers an der Petri-Realschule werden 70 R. für Vertretung eines solchen an der Albrecht-Schule 46 R. 20 Gr. gewilligt; ebenso für Vertretung von Utensilien für die evangelische Schule der Altstadt 70 R. — Die Königl. Regierung hat die bisher zum Eichamt benutzten Räumlichkeiten gefunden. Magistrat beabsichtigt, das Lotal auf dem Bleibof für das Eichamt einzurichten zu lassen, was einen Kostenaufwand von 400 R. erfordert. Außerdem werden zur Anschaffung von verschiedenen Eichungsgeräthen noch 300 Thaler über den Etat gebraucht. Beide Summen werden bewilligt. — Zu dem pro 1871 bewilligten Fonds zur Honorirung von Kanle-Mehrarbeitern und Büreaugehilfen-Stellvertretern werden 700 R. nachbewilligt; ebenso 23 R. zum Meier- und Plantagen-Etat; die bei dem letzteren Etat bei einzelnen Positionen gemachten Triparnisse im Betrage von 170 R. sollen zu Baumplanzungen in den Straßen der Stadt verwendet werden. — Das zwischen dem Magistrat und der Osterfeuer-Gesellschaft getroffene Abkommen über die Rückgewähr des der letzteren vermieteten Lotsals im grünen Thore wird genehmigt. — Magistrat wünscht, das Rathälfte-Garten-Grundstück zu verpachten und hat mit dem Kunstgärtner Breuß dahin-contrahirt, daß dieser das Grundstück auf 10 Jahre gegen jährlich 45 R. Pachtzins übernimmt. Hr. Komplatten ist gegen die Verpachtung, da voraussichtlich binnen wenigen Jahren der Platz gebraucht werde zur Errichtung eines neuen Krankenhauses, wie es beim Kauf desselben beabsichtigt gewesen. Man möge längstens auf 2 Jahre verpachtet, um freie Disposition zu erhalten. Er beantragt, die Vorlage abzulehnen. Hr. Bertam will längstens auf 3—5 Jahre verpachten. Hr. F. W. Krüger will die Klausel beigefügt, daß die Pacht mit 6 Monate Frist gekündigt werden könne. Hr. Dr. Linz heißt mit, daß Hr. Preuß bereits auf Fragen erklärt habe, auf eine

